

Ende Gelände

Ende Gelände ist eine Bewegung des [zivilen Ungehorsams](#), die seit 2015 Massenaktionen in deutschen [Braunkohlerevieren](#) organisiert, um das Bewusstsein für Klimagerechtigkeit zu stärken. Das [Bundesamt für Verfassungsschutz](#) stuft die Bewegung seit 2024 als [linksextremistischen Verdachtsfall](#) ein.

Forderungen und Ziele

Ende Gelände sieht sich selbst als Teil der Bewegung für [Klimagerechtigkeit](#) und „für den globalen Erhalt der Umwelt und für gelebte Solidarität mit unseren Mitmenschen weltweit, insbesondere denen, die schon heute von der Klimakrise bedroht sind.“[1] Die Bewegung fordert einen sofortigen [Kohleausstieg](#) sowie einen „tiefgreifenden, [sozial-ökologischen Wandel](#)“ durch eine „Abkehr vom fossilen [Kapitalismus](#)“ („System Change not Climate Change“, „[Systemwandel](#) statt [Klimawandel](#)“[2]). Darin eingeschlossen ist die Forderung nach dem Erhalt der vom [Braunkohletagebau](#) bedrohten Dörfer.[3] Nach Einschätzung des [Berliner Verfassungsschutzes](#) geriere sich die Berliner Ortsgruppe von *Ende Gelände* in ihrer Außendarstellung als Klimaschutz-Akteur, verschleierte aber, dass ihre tatsächlichen Ziele weit darüber hinausgingen.[4] Laut der Philosophin [Eva von Redecker](#) ist für das Aktionsbündnis Ende Gelände kennzeichnend, dass es „in direkten Aktionen zivilen Ungehorsams Umweltfragen mit Kapitalismuskritik“[5] verbinde.

Vorgehensweise und Aktionsform

Die Kampagne hat Stand Juli 2019 nach eigenen Angaben in Deutschland 59 lokale Gruppierungen, die u. a. bei der Mobilisierung für die Massenaktionen unterstützen, aber auch eigene kleinere Aktionen planen. Zusätzlich gibt es einzelne Gruppen in [Belgien](#), [Tschechien](#), [Frankreich](#), [Italien](#), [Österreich](#), [Schweden](#), den [Niederlanden](#) und der [Schweiz](#). [6] Als Sprecherinnen von Ende Gelände treten u. a. [Nike Mahlhaus](#) und [Sina Reisch](#) in Erscheinung.

Als Aktionsform nutzt Ende Gelände laut eigener Darstellung „angekündigte Massenblockaden [zivilen Ungehorsams](#)“ als „symbolischen und bewussten Verstoß gegen rechtliche Normen“ mit dem Ziel der „direkten Verhinderung einer Unrechtssituation“. [2] Grundlage für die Aktionen bilde ein Aktionskonsens, der festlegt, dass keine Gewalt von den Teilnehmenden ausgehen dürfe. [8][9]

Auf Bündnistreffen komme die Bewegung regelmäßig in unterschiedlichen Städten zusammen; die Arbeit sei in mehreren Arbeitsgruppen (AG) organisiert: Aktions-AG, Aktionslogistik-AG, Anti-Repressions-AG, Homepage-Redaktion, Camp-AG, AG Internationales, Sani-AG, Mobilisierungs-AG, Finanz-AG, Moderations-AG, Prozess-AG, Polizeikontakt-AG, Presse-AG, Kleingruppe „gegen Rechts“.[2] Laut Berliner Verfassungsschutz werden Gewaltanwendungen von dem Bündnis „zumindest billigend in Kauf genommen“[11] und „Angriffe auf Polizisten positiv bewertet“. Ende Gelände hat dem widersprochen.[12]

Das Bündnis sieht sich getragen „von Menschen aus den Anti-Atom- und Anti-Kohle-Bewegungen, aus den Vorbereitungsgruppen der [Klimacamps](#) in Rheinland und Lausitz, von der Waldbesetzung im [Hambacher Forst](#), aus klimapolitischen [Graswurzelinitiativen](#) und [Bürgerinitiativen](#), aber auch größeren [Umweltorganisationen](#), aus [linken](#) Politgruppen und anderen“.[13] Die [linksextreme](#) Organisation [Interventionistische Linke](#) war nach Ermittlungen des Verfassungsschutzes „maßgeblich an der Organisation und Mobilisierung zu den Aktionstagen beteiligt“ und erwies „sich als zuverlässiger und aktiver Partner“ im Bündnis. Nach Angaben des Verfassungsschutzes „wertete auch die IL die Protestaktion als großen Erfolg und sieht Anknüpfungspunkte für weitere Aktionen“.[14]

mini|hochkant|Buch *We shut shit down* von 2022

Das Bündnis nutzt neben der Herausgabe von konventionellen Pressemitteilungen zur Kommunikation eine Vielzahl von Kanälen für die externe Kommunikation. Im Frühjahr 2022 erschien im [Nautilus Verlag](#) das Buch *WE SHUT SHIT DOWN* (Eigenschreibweise), das von einigen Aktivisten des Bündnisses geschrieben wurde und Ursprung, Entstehung, Prinzipien und Selbstverständnis des Bündnisses beschreibt.[15]

Nach eigenen Angaben finanziert sich die Arbeit des Bündnisses zu 100 Prozent aus Spenden. Neben Geld würden auch oft Materialien, Essen, Kleidung, Decken und andere Dinge gespendet.[16] Die Arbeit im Bündnis, das nicht als Verein eingetragen ist, geschieht ehrenamtlich, Honorare oder Lohnausgleiche werden nicht gezahlt. Ausgaben entstehen vor allem durch die Beschaffung von Demonstrationsmaterialien, Betrieb der Camp-Infrastruktur inklusive Verpflegung, Reisekosten und für Nutzung digitaler Infrastruktur. Ende Gelände entschädigt mit den erhaltenen Spenden auch Landwirte, deren Flächen durch Teilnehmer der Aktionen beschädigt wurden, z. B. während der Aktionen im Frühsommer 2019 mit Beträgen etwa „zwischen mehreren hundert und mehreren tausend Euro pro Feld“.[17]

Aktionen (seit 2015)

- [Ende Gelände 2015](#) – August im Braunkohletagebau [Garzweiler](#), ca. 1.600 Teilnehmer
- [Ende Gelände 2016](#) – Mai im [Lausitzer Braunkohlerevier](#), ca. 4.000 Teilnehmer

- [Ende Gelände 2017](#) – August im [Rheinischen Braunkohlerevier](#) und November anlässlich der UN-Klimakonferenz in Bonn, ca. 2.500 bzw. 3.000 Teilnehmer
- [Ende Gelände 2018](#) – Oktober um die Tagebaue [Hambach](#) und [Inden](#), ca. 5.000 Teilnehmer
- [Ende Gelände 2019](#) – Juni im [Rheinischen Braunkohlerevier](#), ca. 5.500 Teilnehmer und im November im [Lausitzer Braunkohlerevier](#), ca. 4.000 Teilnehmer
- [Ende Gelände 2020](#) – September im [Rheinischen Braunkohlerevier](#), wegen der [COVID-19-Pandemie](#) vom Veranstalter auf 3.200 Teilnehmer beschränkt
- Seit Oktober 2022 mobilisierte Ende Gelände gegen die [Räumung des Dorfes Lützerath](#) ([Garzweiler II](#)) zusammen mit dem Bündnis „Lützerath unräumbar“, u. a. mit [Alle Dörfer bleiben](#), [Extinction Rebellion](#), [Fridays for Future](#), [Interventionistische Linke](#).^[18] Im Januar 2023 blockierten die Aktivisten die Räumarbeiten der Polizei über mehrere Tage. An weiteren Aktionstagen rund um die Räumung gab es neben einer Massendemonstration mit mehreren zehntausend Menschen auch Blockadeaktionen im rheinischen Braunkohlerevier.^[19]
- Am 12. Januar 2023 besetzten Aktivisten von Ende Gelände die Kreisgeschäftsstelle von [Bündnis 90/Die Grünen](#) in [Flensburg](#). Mit der Aktion sollte auf die Räumung des Dorfes Lützerath aufmerksam gemacht werden. Die Besetzung wurde noch am gleichen Tag wieder beendet.^[20]
- Am 10. Mai 2024 versuchten mehrere Aktivisten von Ende Gelände auf das [Werksgelände von Tesla](#) im brandenburgischen Grünheide einzudringen. Es kam zu Auseinandersetzungen mit den vor Ort Eingesetzten Polizeikräften.^[21]

Alle Teilnehmerzahlen laut eigenen Angaben des Veranstalters.^[2]

Einstufung durch den Verfassungsschutz und Kritik

Einstufung durch den Verfassungsschutz Berlin 2020

Der Berliner Verfassungsschutz verortet die 30 Mitglieder zählende Berliner Ortsgruppe des Bündnisses in seinem Jahresbericht 2019 im linksextremistischen Spektrum.^[23] Die linksextremistische Interventionistische Linke bezeichne sich selbst als wesentlichen Bestandteil von Ende Gelände.^[24]

Linksextremistische Akteure von Ende Gelände brandmarken laut Berliner Verfassungsschutz eine vermeintliche Tatenlosigkeit von Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft in Bezug auf die Klimaerwärmung. Sie würden dabei Frustrationserfahrungen von jungen Menschen nutzen, um eigene weitergehende Forderungen anzubringen und „die Klimakrise zu einer Krise des politischen Systems zuzuspitzen“.[25]

Gegen mehrere Personen aus den Reihen des Bündnisses wurde 2019 nach der Blockade des [Tagebaus Garzweiler](#) Ermittlungsverfahren u. a. wegen [Hausfriedensbruchs](#), [Gefangenentherapie](#) und [Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte](#) eingeleitet. Zahlreiche Aktivisten der Gruppierung wurden wegen Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte zu Haftstrafen verurteilt. Der nordrhein-westfälische Innenminister [Herbert Reul](#) übte in diesem Zusammenhang Kritik an den „gewalttätigen Aktionen aus den Reihen von ‚Ende Gelände‘“.[26]

Die Einordnung als linksextremistisch stieß in der [rot-rot-grünen Regierungskoalition](#) in [Berlin](#) auf Kritik und mündete in der Forderung von Linkspartei und Grünen in Berlin nach Auflösung des Berliner Verfassungsschutzes.[27] Diese Forderung wird von den Bundesverbänden der Parteijugendorganisationen [Grünen Jugend](#), der [Linksjugend solid](#) und den [Jusos](#) unterstützt.[28]

Einstufung durch das Bundesamt für Verfassungsschutz 2024

Der bundesdeutsche [Verfassungsschutz](#) beobachtet Ende Gelände seit 2024 als [linksextremistischen](#) Verdachtsfall.[29][30] Er sieht eine Instrumentalisierung durch linksextreme Gruppierungen wie die [Interventionistische Linke](#), Ende Gelände habe aber „sowohl auf struktureller als auch auf strategischer und ideologischer Ebene den unmittelbaren Einflussbereich der IL verlassen“. Der Verfassungsschutz hebt besonders die Veröffentlichungen *We shut shit down* und *Überall Polizei, Nirgendwo Sicherheit – Kritik der Polizei* hervor, in denen Ende Gelände die Überwindung der „kapitalistischen Gesellschaftsordnung“ und die [Abschaffung von Polizei](#), wie anderen „Exekutivorgane[n] („Behörden“) und [...] [der] Judikative („Gerichte“)“ fordere. Er leitet daraus eine Einstufung als „linksextremistisch beeinflusst“ ab. Die Interventionistische Linke bekennt sich offen zur Mitarbeit an Ende Gelände. Das Aktionsbündnis selbst sieht sowohl darin als auch in der Forderung nach Überwindung des Kapitalismus keinen Bruch der Verfassung.[31][32][30][29]

Gegen die Einstufung als Verdachtsfall äußerten sich unter anderem die [Gesellschaft für Freiheitsrechte](#) (GFF), das [Komitee für Grundrechte und Demokratie](#),[35] das [Südwind-Institut](#), [BUND](#)[36] und [BUNDjugend](#),[37] [Green Planet Energy](#),[38] die [Jusos](#),[39] und die designierte [linke Europaabgeordnete Carola Racke](#). [40] Zu den mehr als 100 Erstunzeichnenden einer entsprechenden [Petition](#) zur Rücknahme der Einstufung gehörten darüber hinaus unter anderem

[350.org](#), [Alle Dörfer bleiben](#), [Attac Deutschland](#), [Contraste](#), [Extinction Rebellion](#), [Fridays for Future](#), die [Klimaliste Berlin](#), [Labournet Germany](#), [Letzte Generation](#), [Die Linke.SDS](#), [Linksjugend.Solid](#), [Powershift](#), [Scientist Rebellion](#), [Seebrücke](#), der [Solarenergie-Förderverein Deutschland](#) (SFV), das [Umweltinstitut München](#), der [Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes](#) (VVN-BdA) und die Professur *Globale Klimapolitik* der [Universität Hamburg](#).^[41]

Die Einstufung wurde auch als rechtswidrig kritisiert. Dies wird damit begründet, dass die [freiheitliche demokratische Grundordnung](#), entgegen der Rechtsprechung des [Bundesverfassungsgerichts](#) zum Beispiel im [NPD-Verbotsverfahren](#), durch das [Bundesverfassungsschutzgesetz](#) zu weit ausgelegt werde und folglich die radikalen Ansichten von Ende Gelände fälschlicherweise als Streben gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung ausgelegt würden. Dabei wird auch betont, dass die Aktionsformen von Ende Gelände gewaltfrei seien.^[42]

Sonstiges

[Tadzio Müller](#), Mitbegründer von Ende Gelände, warnte 2021 im *Spiegel* vor einer Hinwendung zur Militanz, wenn die Klimaproteste ohne Wirkung blieben. Wer den Klimaschutz verhindere, schaffe „die grüne [RAF](#)“.^[43]

Bekannte Pressesprecherinnen

- 2018–2020: [Kathrin Henneberger](#)
- 2019–2022: [Sina Reisch](#)
- seit 2019: [Nike Mahlhaus](#)
- [Dorothee Häußermann](#)

Veröffentlichungen

- Ende Gelände (Hrsg.): *We shut shit down*, Edition Nautilus, Hamburg 2022, ISBN 978-3-96054-292-6.

Weblinks

- [Website Ende Gelände](#)
- [Zeit Online: Ende Gelände. An den Orten der Zerstörung.](#)

Einzelnachweise

[Kategorie:Organisation \(Klimapolitik\)](#) [Kategorie:Klimaschutz](#) [Kategorie:Energiepolitik \(Deutschland\)](#)
[Kategorie:Interventionistische Linke](#) [Kategorie:Wikipedia:Artikel mit Video](#)

[1] [Pressemitteilung vom 27.10.2018 um 09:00 Uhr.](#) In: Ende Gelände. Abgerufen am 7. Dezember 2025 (deutsch).

[2] [Lausitz-Ende-Gelände-Präsentation-2019](#) abgerufen am 2019-11-28

[3] [Website "Ende Gelände" am 13. Juli 2019](#), abgerufen am 13. Juli 2019

[4] [Verfassungsschutzberichte](#) abgerufen am 2025-12-07

[5] Eva von Redecker: Revolution für das Leben. Philosophie der neue Protestformen. S. Fischer, Frankfurt am Main 2020, ISBN 978-3-10-397048-7, S. 237.

[6] [Website Ende Gelände, Ortsgruppen](#) , abgerufen am 13. Juli 2019

[7]

[8] [Vor Blockadeaktion von „Ende Gelände“: Cottbuser SPD sucht im Braunkohle-Streit Allianz auch mit der AfD](#) abgerufen am 2024-01-31

[9] [Aktionskonsens von Ende Gelände 2020](#) abgerufen am 2025-12-07

[10]

[11] Verfassungsschutz Berlin, Bericht 2019, S. 163.

[12] [Verfassungsschutz verteidigt Einordnung von „Ende Gelände“](#) abgerufen am 2020-06-09

[13] [Kontakt](#) abgerufen am 2019-11-28

- [14] Bundesministerium des Innern, Berlin (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2015. S. 120 f.
- [15] Ende Gelände: WE SHUT SHIT DOWN. Edition Nautilus GmbH, Hamburg 2022, ISBN 978-3-96054-292-6.
- [16] [Bündnis für Klimaschutz: Wie finanziert „Ende Gelände“ eigentlich seine Aktionen?](#) abgerufen am 2019-11-29
- [17] [Rommerskirchen: Bauern sollen für zerstörte Felder entschädigt werden](#) abgerufen am 2019-11-29
- [18] [Ende Gelände will Abriss von Lützerath stoppen](#) abgerufen am 2023-01-11
- [19] [Proteste rund um Lützerath gehen weiter: Aktivisten besetzen Schaufelradbagger im Braunkohletagebau Inden in NRW](#) in Der Tagesspiegel Online, abgerufen am 2023-03-25
- [20] [Kreisgeschäftsstelle der Flensburger Grünen besetzt](#) abgerufen am 2023-01-14
- [21] [Protest: Aktivisten versuchten, auf Werksgelände von Tesla zu gelangen](#) in Die Zeit, 2024-05-10, abgerufen am 2026-05-06
- [22]
- [23] Verfassungsschutz Berlin, Bericht 2019, S. 162 f. [1](#)
- [24] [Warum der Berliner Verfassungsschutz „Ende Gelände“ als linksextrem einstuft](#) abgerufen am 2020-09-04
- [25] Verfassungsschutz Berlin, Bericht 2019, S. 163.
- [26] [Klima-Proteste beendet – Innenminister Reul kritisiert „gewalttätige Aktionen“](#) abgerufen am 2019-11-28
- [27] [„Ende Gelände“ und Linksextremismus: Linke und Grüne in Berlin sprechen von Abschaffung des Verfassungsschutzes](#) abgerufen am 2020-05-19
- [28] [Ende Gelände: Jugendorganisationen fordern Abschaffung des Verfassungsschutzes](#) abgerufen am 2020-08-31
- [29] [Verfassungsschutzbericht 2023](#), 2024-06-18
- [30] [Verfassungsschutzbericht 2021](#) abgerufen am 2023-01-11

[31] [„Massenaktion zivilen Ungehorsams“ der linksextremistisch beeinflussten Kampagne „Ende Gelände“ gegen den Braunkohleabbau im Rheinland, BfV-Newsletter Nr. 2/2019 – Thema 5, verfassungsschutz.de](#)

[32] [Linksextremisten instrumentalisieren „Klimaschutz“-Proteste](#), verfassungsschutz.de, 8/2018

[33]

[34]

[35] [Einstufung des Klimabündnisses Ende Gelände als „linksextremer Verdachtsfall“ ist einer Demokratie unwürdig](#) abgerufen am 2024-06-30

[36] [„Ende Gelände“ jetzt linksextremer Verdachtsfall - Kritik](#) abgerufen am 2024-06-30

[37] [Ende Gelände verfassungsfeindlich? Wir erklären uns solidarisch!](#) abgerufen am 2024-06-30

[38] ["Wir müssen sehr genau aufpassen, wie wir mit zivilgesellschaftlichen Akteuren umgehen"](#) abgerufen am 2024-07-01

[39] [Die Erwähnung von Ende-Gelände im Berliner Verfassungsschutzbericht ist falsch!](#) abgerufen am 2024-06-30

[40] [Nach Einstufung durch Verfassungsschutz: Zuspruch für Ende Gelände](#) in Die Tageszeitung: taz, 2024-06-20, abgerufen am 2024-06-20

[41] [Erstunterzeichner*innen der WeAct-Petition "Ende Gelände ist Teil der Klimabewegung: Gegen die Kriminalisierung legitimen Protests!"](#) abgerufen am 2024-07-18

[42] [Verfassungsfeindlicher Klimaaktivismus?](#) in Verfassungsblog, 2024-06-26, abgerufen am 2024-06-27

[43] Jonas Schaible: [»Wer Klimaschutz verhindert, schafft die grüne RAF«](#). In: Spiegel Online. 21. November 2021, abgerufen am 19. Juni 2024.

Version #3

Erstellt: 2026-09-24 08:16:34 UTC von capra

Zuletzt aktualisiert: 2026-10-03 20:19:40 UTC von capra